

Deutschlands Beitrag zum Frieden in der Welt

C 99 - 01474

Herausgeber: Fraktion der SPD Im Deutschen Bundestag
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg

Friedenswillen unseres Volkes

Wir haben uns heute hier und an anderen Orten unseres Landes zusammengefunden. Wir wollen für die Ratifizierung der Ostverträge und damit den Willen unseres Volkes zum Frieden demonstrieren.

Agitation der Opposition gegen die Ost- und damit Friedenspolitik

Wir können nicht zulassen, daß die Agitation der CDU/CSU als die Meinung der Mehrheit unseres Volkes angesehen wird. Das Ansehen, das unsere Bundesrepublik in der Welt erworben hat, darf nicht durch partei egoistisches Verhalten der Opposition gefährdet werden.

Friedenssicherung Ausgangspunkt aller außenpolitischen Überlegungen

In der Regierungserklärung der Regierung Brandt/Scheel wurde die Friedenssicherung als Ausgangspunkt aller außenpolitischen Überlegungen gesetzt. Nur der Friede macht die Welt sicherer, nur auf der Grundlage der Sicherheit kann der Frieden sich ausbreiten.

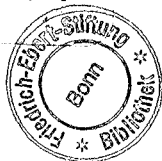
Grundlage Sicherheit

Seit Beginn des Atomzeitalters basiert die Angst der Welt vor einer Katastrophe wie auch die Hoffnung auf einen stabilen Frieden auf der Natur der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Schon vor Jahren formulierte Prof. von Weizsäcker „Der Weltfriede ist die Lebensbedingung des wissenschaftlich/technischen Zeitalters, in dem wir stehen.“

Dieses Zeitalter erfordert, daß der Krieg aufhören muß, ein Mittel der Politik zu sein. Gegensätzliche nationale Interessen können nur durch Verhandlungen

C 99 - 01474



Angst
vor einer Katastrophe
und Hoffnung auf
einen stabilen Frieden

gen ausgeglichen werden. Dazu sagte Bundeskanzler Willy Brandt am 14. Juli 1971 in Tutzing: „Meine Regierung hat sich vorgenommen, gemeinsam mit anderen den Frieden in Europa sicherer zu machen.

Krieg muß aufhören,
ein Mittel der Politik
zu sein.

Wenn es jenseits des Friedens für unser Volk keine Existenz mehr gibt, dann bekommt die Erhaltung des Friedens einen anderen Stellenwert als vor hundert oder fünfzig Jahren. Dann muß auch die Definition nationaler Interessen anders gesehen werden als vor 100 oder 50 Jahren. Es gibt dann kein vitaleres nationales Interesse als die Sicherung des Friedens. Deswegen dürften“ – so fuhr Willy Brandt fort – „Forderungen, die sich lediglich aus Rechtstiteln der Vergangenheit herleiten, dem Ausgleich, der Verständigung, dem Frieden in Europa nicht im Wege stehen.“

Nationale Interessen
durch Verhandlungen
ausgleichen

Der amerikanische Präsident Nixon definierte am 18. Februar 1970 seine Friedensstrategie: „Allem voran verlangt eine Außenpolitik für die 70er Jahre Einfallsreichtum. In einer Welt des anbrandenden Wandels können wir uns nicht mehr mit vertrauten Ideen oder mit der Annahme zufrieden geben, die Zukunft sei eine Weiterprojektion der Gegenwart.“

Rechtstitel
der Vergangenheit
dürfen dem Ausgleich,
der Verständigung,
dem Frieden
nicht im Wege stehen

Die Amerikaner leiteten damit eine Änderung der amerikanischen Außenpolitik von historischem Ausmaß ein. Die amerikanische Regierung habe die Absicht, so erklärte der amerikanische Präsident im Februar dieses Jahres, das Verhältnis zur Sowjet-

Gemeinsame Suche nach einem stabilen Frieden

union dahingehend zu verändern, daß die gemeinsame Suche nach einem stabilen Frieden und nach Sicherheit zu einem beherrschenden Charakteristikum und zu seiner treibenden Kraft wird.

Vereinbarungen der USA mit der Sowjetunion

Die Amerikaner haben sich mit der Sowjetunion über einen Vertrag über ein Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden geeinigt.

Sie haben den toten Punkt bei den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen überwunden.

Verbot biologischer und chemischer Waffen

Sie haben sich weiterhin über den Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Herstellung und des Besitzes biologischer und chemischer Waffen geeinigt. Sie haben einen heißen Draht zwischen Moskau und Washington hergestellt, um das Risiko eines ungewollten Nuklear-Krieges zu verhindern.

Heißer Draht

Und sie führen Gespräche mit dem Ziel einer allgemeinen Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Wirtschaftliche Beziehungen

In seiner Botschaft an das amerikanische Volk vom 9. Februar 1972 fügte der Präsident hinzu: „Im September haben wir und unsere britischen und französischen Verbündeten ein Abkommen mit der Sowjetunion über Berlin erreicht, um dem ein Ende zu machen, daß die Bürger West-Berlins als Faustpfand im Kalten Krieg benutzt werden und um die Gefahr zu verringern, daß Berlin erneut zum Brennpunkt einer

Berlin kein Faustpfand
des Kalten Krieges
und kein Brennpunkt
gefährlicher
internationaler
Konfrontation

Von der Konfrontation
zur Kooperation

Bundesrepublik
kein Wanderer
zwischen den Welten

Festigung der NATO
und Ausbau
der Westeuropapolitik

scharfen und gefährlichen internationalen Konfrontation werden könnte."

Solch eine Außenpolitik, die bezeichnet wird als der Versuch, von der Konfrontation zur Kooperation im Ost-West-Verhältnis zu gelangen, verlangt von allen guten Willen und viel Einfallsreichtum. Die NATO hat sich zu dieser Politik von der Konferenz in Reykjavik im Jahr 1968 bis zur letzten Sitzung in Brüssel immer wieder bekannt und die Bundesrepublik in ihrer Ostpolitik voll unterstützt.

Die Bundesregierung konnte ihre Außenpolitik nur in fester Verankerung in der westlichen Gemeinschaft durchführen. Wir sind kein Wanderer zwischen den Welten. Wir betrachten unsere Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Dies ist der Grundgedanke bei unserem Beitrag für die Festigung der NATO, den Ausbau der Westeuropapolitik und in der Ostpolitik.

Der Abschluß der Gewaltverzichtsverträge mit der Sowjetunion und Polen wurde in engster Konsultation mit unseren Verbündeten ausgehandelt. Auch unsere Verbündeten hielten diese Ostpolitik nicht nur für wünschenswert, sondern für notwendig. Die Teilung Deutschlands und das gespannte Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Ländern belastete die Politik der Entspannung zwischen Ost und West.

Politische Klugheit und nicht Rechthaberei

Rechthaberei. Die Ostpolitik ist eine Konsequenz aus den Westverträgen, sie dient der Absicherung auch nach dem Osten. Dies wurde besonders von dem französischen Außenminister Schumann am 9. Juni 1971 vor der französischen Nationalversammlung anerkannt, als er sagte: „Nur ein Funke richtiger Urteilskraft genügt, um zu verstehen, daß ein Keim der Zwietracht in die neuen deutsch-französischen Beziehungen hätte gebracht werden können, wenn es die Weigerung und nicht die Bereitschaft Deutschlands gegeben hätte, die aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hervorgegangenen europäischen Realitäten anzuerkennen.“

Deutsche Interessen

Unsere deutschen Interessen gebieten uns

Frieden sicherer machen

-- den Frieden sicherer zu machen, um die Freiheit und Sicherheit zu erhalten,

Zusammenarbeit mit den westlichen Verbündeten

-- dies setzt den Gleichklang und die Zusammenarbeit mit unseren westlichen Verbündeten voraus;

Zusammenarbeit mit Osteuropa

-- dies erfordert die Erweiterung und den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und die Zusammenarbeit mit Osteuropa;

-- diese Zusammenarbeit mit Osteuropa setzt die Beseitigung von Spannungsursachen mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten um Berlin und in Deutschland voraus;

-- hierdurch wird der Weg frei für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;

-- diese Konferenz kann in einem sehr langen Prozeß

Europäische
Sicherheitskonferenz

die Voraussetzungen dafür schaffen, das deutsche
Problem lösbar zu machen.

Europäische
Friedensordnung –
deutsche Frage
lösbar machen

Die CDU/CSU-Opposition will dies nicht begreifen.
Sicherlich bedeutet diese neue Phase der Weltpoli-
tik ein Ende ihrer Deutschlandpolitik. Sie wollte
die Deutschlandfrage unter Fortsetzung des Kalten
Krieges offenhalten.

Nicht mehr
durch Kalten Krieg

Dabei hoffte sie, daß eine Überlegenheit des Westens
die Sowjetunion nachgiebiger stimmen könnte. Diese
Politik war spätestens zu dem Zeitpunkt geschei-
tert, als das westliche Bündnis aus der politischen
und militärischen Entwicklung den Schluß gezogen
hatte, man müsse von der Konfrontation zur Zusam-
menarbeit gelangen.

Friedenshoffnung
aller Deutschen

Als die Bürger der Stadt Erfurt am 19. März 1970 den
Bundeskanzler in bewegenden Szenen begrüßten,
demonstrierten sie die über viele Jahre gehegte
Hoffnung aller Deutschen, über alles Trennende hin-
weg endlich den Frieden zu finden.

Kluft überwinden

Selbst dem Zweifler und Hoffnungslosen zeigte sich,
– daß es hüben und drüben eine gemeinsame Friedens-
sehnsucht gibt,
– daß die Kluft aber noch überwunden werden muß.

Als Bundeskanzler Willy Brandt unsere Verantwor-
tung für den Frieden zur Grundlage seiner Politik
machte, erklärte er: „Wir haben auch noch gemein-
same Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für

Über geregeltes Nebeneinander zum Miteinander

den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa..."

Erfurt – Versuch zum Ausgleich

Der Bundeskanzler gab diese Erklärung vier Monate vor dem Treffen in Erfurt ab. Für ihn war die Reise in diese Stadt ein großer realistischer Versuch. Niemand konnte damals eine Garantie für sein Gelingen abgeben. Für die Bundesregierung gab es nur die Hoffnung, daß auch die andere Seite zu einer realistischen und verantwortungsvollen Beurteilung der Lage finden werde.

Schlüsselrolle der Bundesrepublik in der Friedenspolitik

Der Bundesrepublik kommt in der europäischen Friedenspolitik eine Schlüsselrolle zu. Unsere Nachbarn und Freunde können uns unsere Verantwortung nicht abnehmen. Unsere Schlüsselstellung im Rahmen der europäischen Friedenspolitik der Westmächte ergibt sich daraus, daß das innerdeutsche Gegeneinander die Ursache ständiger Unsicherheit war. Frühere Bundesregierungen haben kaum etwas dazu beigetragen, Unsicherheit und Kalten Krieg abzubauen.

Die Politik der Bundesregierung geht von dem Auftrag aus, den uns das Grundgesetz stellt. Wir wissen, daß wir unsere Interessen nur im Einklang mit

Auftrag des Grundgesetzes

Friedensvertrag nicht vorweggenommen

Besondere Verantwortung für den Frieden

den Interessen der anderen europäischen Nationen verwirklichen können. Denn weder die Westverträge noch die mit der Sowjetunion und Polen geschlossenen Ostverträge stehen der Lösung der deutschen Frage entgegen. Sie nehmen den Friedensvertrag nicht vorweg. Die Bundesrepublik ist mit hineingenommen in den europäischen Prozeß der Entspannung, der Sicherheit und der Friedenssicherung.

Die Bundesregierung führt ihre Entspannungspolitik auf der Grundlage der eigenen Sicherheit und Freiheit. „Die westeuropäische Zusammenarbeit und Einigung hindert uns nicht“, wie der Bundeskanzler sagte, „bessere Beziehungen zum Osten zu entwickeln, sondern ist eine Grundlage dieses notwendigen Bemühens.“

Wir haben Nachbarn, die ebenso an der Erhaltung und Festigung des Friedens interessiert sind wie wir. Nur sind wir vor den europäischen Nationen dazu verpflichtet, eine besondere Verantwortung zu tragen. Hierbei handelt es sich nicht um einen Alleingang. Dies ist im Gegenteil der einzig mögliche, der einzig realistische deutsche Anteil an der europäischen Politik. Jeder andere Weg würde uns nur in die Isolierung führen.

Deshalb sind Sicherheits- und Entspannungspolitik für uns eine Einheit.

Alle außenpolitischen Aufgaben, die sich die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Brandt

Einig mit
den Bündnispartnern

und Bundesaußenminister Scheel gestellt hat, entsprechen den Zielen der westlichen Allianz und werden in enger Konsultation mit unseren Bündnispartnern erfüllt. Was zwischen den befreundeten Staaten in Europa und der Welt möglich ist und was – wie die Ostverträge zeigen – auch zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion möglich ist, das müßte auch Zwischen den beiden deutschen Staaten möglich sein. Brandt und Scheel haben den Beweis erbracht, daß an die Stelle der Politik der alten Rechnungen eine Politik der Aussöhnung und des Ausgleichs gesetzt werden kann. Sie haben dafür bei allen Völkern um Vertrauen geworben und es auch für uns erhalten.

Vertrauen für unser Land

Eine Politik der Ablehnung der Ostverträge und des Liegenlassens lebensnotwendiger Entscheidungen würde dem deutschen Volk von neuem eine schwere Hypothek der Enttäuschung Europas aufbürden. Die CDU und CSU verspielten damit nicht nur das von Willy Brandt und Walter Scheel gewonnene internationale Vertrauenskapital, sondern – wie es kürzlich in einer großen Stockholmer Zeitung stand – auch das Erbe Adenauers.

Keine isolierte
Lösung möglich

Wir wollen keine Politik des vertragslosen Zustandes. Wir wollen erklären, wo wir stehen. Eine isolierte Lösung der nationalen Fragen unseres Volkes ist nicht möglich. Unsere „Geschichte hat uns gelehrt, zur Entfaltung von Krisen genügt einer, aber zur Erhaltung des Friedens sind alle notwendig“. Deshalb betreiben wir eine Bündnispolitik mit unse-

ren westlichen Freunden, eine Politik der Entspannung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn. Die Opposition dagegen will eine Politik ohne Verträge, ohne die Festlegung der beiderseitigen Rechte und Pflichten.

- Wir aber wollen keine langen Bänke!
- Wir wollen kein Liegenlassen der Probleme!
- Wir wollen, daß sich auch die Politiker der Opposition der Verantwortung bewußt werden!
- Wir wollen hier und jetzt eine nationale Entscheidung im Interesse aller friedliebenden Menschen in Europa!

Die Parlamentarier im Deutschen Bundestag haben ihr Mandat vom Volk erhalten, auch um Schaden von uns abzuwenden. Und es wäre ein nicht wiedergutmachender Schaden, belasteten die CDU und CSU das deutsche Volk mit der schweren Hypothek, daß es in dem Moment enttäuscht wird, in dem es den Ausgleich gewagt hat, in dem es Vertrauen und Ansehen eingesetzt hat, in dem Europa und die ganze Welt Hoffnung geschöpft hat.

Als Kritiker einer europäischen Sicherheitskonferenz erklärte Dr. Barzel 1969: „Wäre eine solche Konferenz nicht sinnvoller, wenn zuvor durch bilaterale Gewaltverzicht die Basis für Abrüstungs- und Sicherheitsmaßnahmen in Europa geschaffen wäre?“

Keine Politik
der langen Bank

CDU/CSU gefährdet
deutsche Interessen

Nun haben wir bilaterale, zweiseitige Kontakte! Nun haben wir den Fortschritt von Erfurt, Kassel, Moskau, Warschau und Berlin! Nun haben wir sogar schwarz auf weiß bilaterale Gewaltverzicht mit Moskau und Warschau! Wo bleibt das „Ja“ des Dr. Barzel?

Rückgewinnung
der Ostgebiete möglich?

Die von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen haben uns mehr als 20 Jahre in der Hoffnung gewiegt, wir könnten das Unrecht, das den Vertriebenen und Flüchtlingen zugefügt wurde, wiedergutmachen durch die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete. Das hat sich als wirklichkeitsfremd erwiesen. Die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge wurden den tages- und parteipolitischen Interessen unterworfen.

Selbstbetrug vermeiden

Wir begegnen diesen unseren Landsleuten mit Achtung und Anteilnahme. Wir verstehen ihre Gefühle, weil wir selbst zu ihnen gehören, weil wir ihre solidarischen Mitbürger sind. Aber wir sagen ihnen mit aller Offenheit, daß unsere tiefsten Wünsche nicht zu einem Selbstbetrug führen dürfen. Wir wollen ihnen helfen, indem wir ihnen erklären: Unser Recht auf Selbstbestimmung, das uns genauso zusteht wie anderen Nationen, ist nur innerhalb einer europäischen Friedensordnung zu verwirklichen.

Wir sind überzeugt, es gibt nur wenige Bürger, die dieses Programm des Ausgleichs mit dem Osten ablehnen. Denn jedem ist bewußt geworden, was Herbert

Erbschaft des 2. Weltkrieges abtragen

Wehner vor den Heimkehrern in Friedland erklärte: „Wir wollen Sicherheit für unser Volk. Sicherheit ist und bedeutet die Voraussetzung dafür, miteinander über kritische Fragen zu sprechen und durch Verständigung den Frieden sicherer zu machen als er heute ist. Der Friede darf nicht dem Zufall ausgesetzt sein und bleiben. In diesem Geiste" – so sagte Wehner weiter – „wollen wir auch die für unser Volk schlimme Erbschaft des zweiten Weltkrieges, die Spaltung des Volkes und des Vaterlandes, abtragen im Wege der Verständigung, nicht, indem die eine der anderen Seite ihre Vorstellung aufnötigt. Wir wollen auch diese Erbschaft im Wege der Verständigung abtragen, damit unser gespaltenes Volk zu seinem Frieden mit sich selbst und der Welt komme.“

Berlin-Abkommen verhindert Gefahr der Konfrontation

Was an dieser Stelle Berlin angeht, so können wir uns den Worten des Präsidenten Nixon anschließen, die er am 9. Februar 1972 seinen Landsleuten sagte: „... wir erreichten in einem Schritt von größter Bedeutung ein Abkommen über Berlin. Wenn es eine Stadt gegeben hat, wo während der letzten 20 Jahre ein dritter Weltkrieg hätte ausbrechen können, so war es Berlin. Dieses neue Abkommen vermindert die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Supermächten.“

Bekennnis zum Frieden

Den zur Diskussion stehenden Ostverträgen ist eines gemeinsam: Beide Vertragspartner bekennen sich zur Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten. Eine solche Entwicklung ist

Konfliktgefahren in der Vergangenheit

keine Selbstverständlichkeit. Wir alle haben noch in Erinnerung, daß in der Zeit des Kalten Krieges die Gefahren für den Frieden immer größer wurden. In diesen Jahren ist der Graben durch Deutschland immer tiefer geworden, ein Graben, der nicht nur unser Land, sondern Europa trennt.

Jetzt: Verzicht auf Gewalt

Sowohl der Moskauer als auch der Warschauer Vertrag und ebenso das Viermächte-Abkommen über Berlin beruhen auf dem Grundsatz des Verzichts auf Gewalt.

Auch das ist keine Selbstverständlichkeit.

Wir haben nicht vergessen, wie 1961 in Berlin diesseits und jenseits der Sektorengrenze die Panzer aufgefahren waren, wie sie mit schußbereiten Geschützen gegeneinander standen. Ein Funke hätte damals genügt, um das Pulverfaß zu entzünden und einen Weltbrand zu entfesseln.

Streitfragen friedlich lösen

Jetzt wird ausdrücklich vereinbart, daß alle Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden sollen.

Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit...

Die Verträge gehen noch weiter. Sie vereinbaren, daß die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen ausgebaut werden.

An die Stelle des feindseligen Gegeneinanders tritt nun ein Miteinander, aus dem beide Seiten Nutzen ziehen werden.

... in ganz Europa

es nicht die enge wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Völkern des Westens gegeben hätte. Um wieviel größer aber kann der Nutzen sein, wenn diese Zusammenarbeit jetzt vom halben auf das ganze Europa ausgedehnt wird!

Bestehende Verträge
nicht berührt

Zugleich aber wird festgelegt, daß bestehende Verträge nicht berührt werden.

Das gilt auf der östlichen Seite für den Warschauer Pakt und das dortige Wirtschaftsbündnis. Das gilt für uns vor allem für die NATO und die EWG.

Es ist daher pure Schaumschlägerei, wenn die CDU/CSU als Bedingung für ihre Zustimmung die Anerkennung der EWG durch die Sowjetunion fordert. Denn mit dieser Feststellung der Verträge wird die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft und damit diese Gemeinschaft selbst ausdrücklich anerkannt.

Verstärkte Sicherheit

Ich will hier aber auch gleich auf ein zweites Scheinargument der Opposition hinweisen: Die CDU/CSU versucht, uns mit der Bemerkung Angst einzujagen, durch die Verträge werde unsere Sicherheit gefährdet und die NATO ausgehöhlt. Das Merkwürdige ist dabei, daß fünfzehn NATO-Partner von dieser angeblichen Gefahr nichts bemerkt haben. Sie unterstützen samt und sonders einschließlich der konservativen und christdemokratischen Parteien in den

verbündeten Ländern unsere Ostpolitik. Die CDU/CSU steht mit ihrer Kritik allein.

Verträge ergänzen das Bündnis

Niemand denkt daran, die Sicherheit durch Verträge an die Stelle der Sicherheit durch das Bündnis zu setzen. Im Gegenteil: Wir wollen die Sicherheit, die uns das Verteidigungsbündnis gibt, durch die Verträge nicht ersetzen, sondern ergänzen!

Damit werden unsere Sicherheit und der Frieden auf eine solidere Grundlage gestellt.

Jeder Vertrag ein Kompromiß

Nun ist jeder Vertrag ein Kompromiß. Wenn jemand behauptet, es gebe in der Politik Verträge, bei denen nur der eine etwas bekommt und der andere nur etwas gibt, dann glauben Sie ihm nicht.

Wer feststellen will, was ein Vertrag für ihn wert ist, der muß gegeneinander abwägen, was er gibt und was er bekommt.

Gewaltverzicht

Was also geben wir? Wir verpflichten uns, gegenüber anderen europäischen Staaten keinerlei Gewalt anzuwenden. Und da frage ich die Kritiker dieser Verträge: Hat denn das jemand vorgehabt?

Wir verpflichten uns in den Verträgen insbesondere, keine Grenzen anzutasten.

Und ich frage wieder: Hat denn das jemand gewollt?

Unser Gewaltverzicht und unsere Verpflichtung, bestehende Grenzen anzuerkennen, gilt nicht nur gegenüber der Grenze zur DDR, sondern auch für die

Oder-Neiße-Grenze

Oder-Neiße-Linie. Im Vertrag wird anerkannt, daß die Oder-Neiße-Linie die polnische Westgrenze bildet. Es wird weiter festgelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen keine Gebietsansprüche gegeneinander haben und auch in Zukunft nicht erheben werden. Das bedeutet – ich will es ganz offen sagen – daß wir keine Ansprüche auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie erheben werden. Aber wer das als Verzicht erklärt, den muß ich fragen: Besitzen wir denn diese Gebiete?

Kein neues Vertreibungsrecht

Wenn wir darauf verzichten, Polen gegenüber Gebietsansprüche zu erheben, dann machen wir damit kein Recht aus dem Unrecht der Vertreibung. Aber wir verzichten darauf, durch eine neue Vertreibung neues Unrecht zu schaffen.

Freizügigkeit im Reiseverkehr

Die polnische Regierung hat mitgeteilt, daß sie nach der Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages die Möglichkeit schaffen wird, daß Deutsche aus der Bundesrepublik ohne besondere Schwierigkeiten Polen besuchen können. Das bedeutet für unsere Heimatvertriebenen, daß sie die Stätten ihrer Kindheit wiedersehen können.

Ist das nicht besser, als wenn sie einen papierenen Rechtstitel in der Tasche mit sich herumtragen, der nicht einklagbar ist?

Ich habe hier ausgeführt, was wir als Leistung in diese Verträge einbringen. Lassen Sie mich aber

Anspruch auf Selbstbestimmung

auch sagen, was wir nicht leisten wollen und nicht leisten werden.

Wir leisten keinen Verzicht auf die Selbstbestimmung unseres Volkes, und wir leisten keinen Verzicht auf den Anspruch der Wiedervereinigung Deutschlands.

Brief zur Deutschen Einheit

Das ist ganz klar gemacht worden in dem Brief, den Außenminister Walter Scheel an den sowjetischen Außenminister anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages gerichtet hat.

In diesem Brief wird festgestellt, daß der Vertrag – ich zitiere – „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Dieser Brief ist in das Ratifizierungsverfahren – das auch in der Sowjetunion erforderlich ist – eingeführt und allen Mitgliedern des Obersten Sowjet zur Kenntnis gebracht worden.

Wiedervereinigung im europäischen Rahmen

Wir werden der Wiedervereinigung Deutschlands nur näherkommen, wenn es gelingt, aus dem Europa des Kalten Krieges ein Europa der Zusammenarbeit zu machen, der Zusammenarbeit auch zwischen West und Ost.

Schon 1954, am 15. Dezember, hat der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer gesagt, daß – ich zitiere –

„eine Wiedervereinigung Deutschlands nur möglich ist im Zuge einer allgemeinen Entspannung des Ost-West-Konflikts“.

Und 1968 hat der damalige Bundeskanzler Kiesinger gesagt: „Eine erfolgreiche Deutschlandpolitik setzt zunächst eine Aufhellung des politischen Klimas mit unseren östlichen Nachbarn voraus. Jeder Schritt in diese Richtung ist ein Schritt vorwärts zu einer Lösung unseres deutschen Problems.“ Soweit Kiesinger.

Keine sachlichen —
parteitaktische
Gründe

Wer so redet und so denkt, und gleichwohl die Ostverträge ablehnt, der tut es nicht aus sachlichen, sondern nur aus parteitaktischen Gründen.

Damit habe ich schon übergeleitet zu der Frage: Was bekommen wir eigentlich durch diese Verträge?

Ebenso wie wir verzichtet auch die Sowjetunion auf die Anwendung von Gewalt und verpflichtet sich, alle Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Interventionsanspruch
aufgegeben

Es ist erst wenige Jahre her, daß die Sowjetunion aufgrund bestimmter Artikel in der Satzung der Vereinten Nationen den Anspruch erhob, einseitig und gewaltsam hier bei uns eingreifen zu dürfen. Die drei Westmächte haben damals erklärt, sie betrachteten diese Bestimmungen als überholt. Aber die Sowjetunion hat sie damals als nicht überholt betrachtet.

Und welche Aufregung hat sich damals nicht der CDU/CSU bemächtigt!

Welchen Entrüstungssturm hat sie damals entfesselt!

Heute ist sie sehr schweigsam geworden.

Denn der Verzicht auf Gewalt bedeutet, daß auch die Sowjetunion diesen Anspruch, den sie aus der UNO-Satzung herleitete, nicht mehr aufrecht erhält.

Familien- zusammenführung

Ich erwähne einen zweiten wichtigen Punkt: Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, den Deutschen, die noch in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße leben, die Ausreise nach Deutschland zu gestatten.

Das hat im vergangenen Jahr dazu geführt, daß 25 000 Deutsche zu uns kommen konnten, obwohl der Vertrag noch gar nicht ratifiziert ist.

Ohne Ostverträge kein Berlin-Abkommen

Das wichtigste Ergebnis der Verträge ist aber das Viermächte-Abkommen über Berlin.

Wir haben bei der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau erklärt, daß für uns ein Zusammenhang zwischen diesen Verträgen und einer befriedigenden Berlin-Regelung besteht. Die Sowjetunion hat ihrerseits von einer Parallelität gesprochen.

sind. Ohne die Verträge gibt es keine Berlin-Regelung.

Berlin ist der Punkt, an dem sich Ost und West so unvermittelt gegenüberstehen, wie an keinem anderen Ort der Erde.

Damit ist Berlin der Punkt, an dem der Friede in Europa am leichtesten gefährdet werden kann. Wenn wir den Frieden sicherer machen wollen, dann muß der Frieden in Berlin sicherer gemacht werden!

Berlin ist aber auch der Ort, an dem die Menschen seit 25 Jahren am stärksten unter der Spaltung Deutschlands leiden.

Wer Verantwortung für Deutschland fühlt, der muß sich seiner Verantwortung für Berlin bewußt bleiben.

In den letzten 20 Jahren hatte sich die Lage für Berlin immer mehr verschlechtert:

1951 wurde für den Verkehr nach Berlin eine Straßenbenutzungsgebühr eingeführt.

1953 wurde die Zahl der Übergänge von West- nach Ost-Berlin auf 80 verringert.

1955 übertrug die Sowjetunion die Kontrolle des Berlin-Verkehrs den Behörden der DDR.

1961 wurde die Mauer gebaut. Ostberliner durften nicht mehr nach West-Berlin und Westberliner nicht mehr nach Ost-Berlin.

Frieden in Berlin
sicherer machen

Entwicklung
der Berlin-Schikanen

1965 wurde eine Bundestagssitzung in West-Berlin zum Anlaß für massive Verkehrsbehinderungen genommen.

1966 gab es zum letztenmal eine Passierscheinregelung für Westberliner.

1968 wurde ein Reiseverbot für bestimmte Personengruppen auf dem Landweg von und nach Berlin erlassen.

1969 wurde Mitgliedern der Bundesversammlung, die in Berlin den Bundespräsidenten wählte, die Durchreise durch die DDR verweigert.

Fruchtlose Politik des „Liegen-Lassens“

Die CDU/CSU und die von ihr geführten Bundesregierungen haben diese Entwicklung nicht hindern, nicht einmal eindämmen können.

Sie haben immer laut und deutlich protestiert, aber erreicht haben sie damit nichts.

Sie haben die gleiche Politik betrieben, die sie auch heute wieder betreiben möchten: Die Politik des „Liegen-Lassens“.

Die CDU/CSU trägt nicht die Verantwortung für die Maßnahmen der DDR gegen West-Berlin. Aber sie trägt die Verantwortung für die Entscheidung, nicht zu verhandeln.

Ergebnisse erzielt

Die Bundesregierung Brandt/Scheel hat verhandelt, und sie hat Ergebnisse erzielt.

Auch hier will ich wieder gegenüberstellen, was wir gegeben und was wir bekommen haben.

Wir verzichten darauf, daß die Bundesregierung in Berlin Verfassungs- und Amtsakte durchführt.

Ministerbesprechungen

Nur: Das hat sie auch bisher nicht getan. Wenn das Bundeskabinett in Berlin zusammentrat, dann hieß das immer: Ministerbesprechung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Bundestagssitzungen

Wir verzichten weiter darauf, Bundestagssitzungen in Berlin abzuhalten.

Nur: In der ganzen Zeit seit 1958 hat in Berlin eine einzige Bundestagssitzung stattgefunden.

„Ausschußwochen“

Wir verzichten weiter auf die sogenannten „Ausschußwochen“ in Berlin. Das waren Wochen, in denen alle Ausschüsse des Bundestages gleichzeitig nach Berlin reisten.

Nur: Auch in den Jahren vor 1964 hat es solche Ausschußwochen nicht gegeben. Sie sind erst damals erfunden worden. Und die CDU/CSU hat sich sogar in den Jahren 1959 bis 1964 geweigert, auch nur Fraktions-sitzungen in Berlin abzuhalten.

Präsidentenwahlen

Wir verzichten darauf, den Bundespräsidenten in Berlin wählen zu lassen.

Nur: 1969 war der CDU/CSU-Bundeskanzler Kiesinger bereit, auf die Präsidentenwahl für die nächsten 55 Jahre zu verzichten, wenn die DDR dafür nur ein

einziges Mal wieder eine Passierscheinregelung zu-
lassen würde.

Generalkonsulate

Und wir sind schließlich einverstanden, daß die So-
wjetunion in West-Berlin ein Generalkonsulat er-
öffnet.

Nur: Es gibt schon viele Generalkonsulate in West-
Berlin, wie in anderen Städten der Bundesrepublik
auch.

Das ist die eine Seite. Wie sieht die Gegenrechnung
aus?

Die Sowjetunion verpflichtet sich, in Berlin keine
einseitigen Veränderungen vorzunehmen. Das ist gar
nicht so selbstverständlich, wenn man sich einmal
die Entwicklung ansieht und vor allem an das Berlin-
Ultimatum von 1958 denkt.

Sichere Zugangswege

Der Verkehr von und nach Berlin wird auf eine
sichere rechtliche Grundlage gestellt. Es wird keine
Durchsuchungsschikanen mehr geben, kein Zurück-
weisen von Lastzügen, weil der Volkspolizei etwas
an der Ladung nicht gefällt.

Es wird kein Zurückweisen von Personen an der Zonen-
grenze mehr geben, sofern es sich nicht um Personen
handelt, die in der DDR straffällig geworden und
dann in die Bundesrepublik geflüchtet sind.

Westberliner dürfen wieder ihre Freunde und Ver-
wandten in Ost-Berlin besuchen. Sie dürfen auch
darüber hinaus in die DDR reisen. Das gab es nicht
einmal vor 1961! Jahrelang haben die Westberliner

Besuche in Ostberlin und in der DDR

mit Freunden und Verwandten in Ost-Berlin nicht einmal telefonieren dürfen. Inzwischen ist eine beachtliche Zahl von Telefonleitungen geschaltet worden, und der Telefonverkehr wird weiter normalisiert.

Außenpolitische Vertretung

Die Sowjetunion hat bisher immer den Standpunkt vertreten, West-Berlin sei eine besondere politische Einheit, losgelöst von der Bundesregierung. Jetzt hat sie zugestimmt, daß Einwohner von West-Berlin durch die Bundesrepublik konsularisch betreut werden, auch wenn sie in Länder des Ostblocks fahren.

Bindungen zur Bundesrepublik

Sie hat zugestimmt, daß West-Berlin außenpolitisch durch die Bundesregierung vertreten wird. Und sie hat schließlich die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik nicht nur anerkannt, sie hat auch ihrer Weiterentwicklung zugestimmt.

Das ist mehr, als selbst die CDU/CSU vor Abschluß der Verhandlungen zu fordern gewagt hatte.

Am 1. November 1970 hatte der CDU-Vorsitzende Dr. Barzel folgende Anforderungen an eine befriedigende Berlin-Regelung gestellt:

Forderungen der CDU/CSU...

1. Die Berlin-Regelung müsse den Berlinern Vertrauen geben, so daß auch junge Menschen nach Berlin gehen. Dieser Punkt ist erfüllt.
2. Die Zugangswege nach Berlin müßten unter alliierter Verantwortung störungsfrei gemacht werden.

Auch dieser Punkt ist erfüllt.

... wurden erfüllt

3. Die Zusammengehörigkeit des Freien Berlin mit dem Bund, seine außenpolitische Vertretung durch den Bund und die Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin müßten gewährleistet sein. Auch dieser Punkt ist erfüllt.

Und schließlich

4. Die Diskriminierung der Westberliner im innerstädtischen und internationalen Verkehr müsse beseitigt werden.

Auch dieser letzte Punkt ist durch das Berlin-Abkommen erfüllt.

Nach all dem frage ich: Warum eigentlich stimmt die CDU/CSU dieser Regelung und den Verträgen nicht zu, wenn alle ihre Forderungen, die sie damals vorweg erhoben hat, erfüllt sind?

Warum erfindet sie immer neue Bedingungen und Forderungen?

Warum bleibt sie dabei, eine Nein-Sager-Partei zu sein?

Politik der Mißgunst

Die Antwort hat kürzlich ein hoher amerikanischer Diplomat, Charles W. Yost, in der „Washington-Post“ gegeben. Er meint, Barzel und Strauß gönnten Brandt und Scheel den Erfolg nicht. Diese Kritik aus dem Ausland an der Politik der CDU/CSU ist vernichtend!

Union
gefährdet Entspannung

Die Opposition läuft gegen die Verträge Sturm. Sie tut offensichtlich alles, um die Ratifizierung der beiden Verträge zu verhindern. Zweifellos ist sie sich bewußt, daß sie damit die Entspannung in Europa

im Keime ersticken würde. Genauso wie sie vor den Realitäten im Osten Deutschlands und Europas die Augen verschließt, genauso weigert sie sich, die Tatsache, daß ein Scheitern der Ostverträge die Bundesrepublik Deutschland in allergrößte außenpolitische Schwierigkeiten bringen müßte, überhaupt nur zu sehen.

Folgen einer Ablehnung

Es läßt sie völlig gleichgültig, daß die Bundesregierung bei ihrer Friedenspolitik die uneingeschränkte Unterstützung aller befreundeten Staaten genießt. Sie läßt sich nicht davon beeindrucken, daß etwa die deutsch-französische Zusammenarbeit, die sie selbst in der Vergangenheit unermüdlich beschworen hat, durch eine Ablehnung der Verträge größten Schaden erleiden müßte.

Präsident Pompidou und Außenminister Schumann stoßen bei CDU und CSU auf taube Ohren, wenn sie immer wieder betonen, wie sehr ihre eigene Politik gegenüber Osteuropa auf die deutsche Ostpolitik abgestimmt ist. Es läßt sie auch kalt, daß das gesamte Entspannungskonzept des westlichen Bündnisses, der NATO, durch ein deutsches „Halt“ hoffnungslos durcheinandergeraten würde. Ganz zu schweigen von den unbestreitbaren Folgen einer Vertragsablehnung in Osteuropa. Dort würde das jüngst erworbene Vertrauen zu Deutschland wieder zerstört und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf Eis gelegt.

Opposition:
Keine Rücksicht
auf Verbündete

gegung: Dies sei, so sagte er, eine rein deutsche Angelegenheit, die vom Deutschen Bundestag ohne Rücksicht auf internationale Zusammenhänge entschieden werden müsse. Eine überraschende Begründung für den Vorsitzenden einer Partei, die sich noch vor wenigen Jahren durch einen ihrer stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Gerstenmaier, rühmte, der westlichen Integration sogar den Vorzug vor der Wiederherstellung der nationalen Einheit gegeben zu haben. Heute gebärdet sich dieselbe Partei so, als ob mit den Ostverträgen die Deutsche Frage in irgendeiner Weise negativ entschieden würde.

CDU/CSU will
auf bessere Zeiten hoffen

Die Begründungen, die die Opposition in den letzten 1 1/2 Jahren für ihr Nein vorgebracht hat, haben ständig gewechselt. Auch heute klingt es noch völlig verschieden, je nachdem ob man Herrn Strauß oder Herrn Schröder, Herrn Marx oder Herrn Weizsäcker hört. Die einen würden am liebsten überhaupt keine Verträge mit den osteuropäischen Staaten abschließen und ihre alte Politik des Nichtstuns fortsetzen, die anderen versuchen, sich selbst und anderen vorzugaukeln, sie könnten irgendwann in der Zukunft bessere Verträge abschließen, ohne für diese Behauptung auch nur den Schatten eines Beweises liefern zu können.

Mit ihrem Nein zu den Ostverträgen setzen CDU und CSU ihre Politik des ewigen Nein-Sagens fort, die sie schon bei der Betriebsverfassung, dem Mieterschutz oder der Bildungsreform praktiziert hatten.

Das einzige, was der CDU/CSU schließlich – nach monatelanger Diskussion – zu den Ostverträgen einfiel, war: Abwarten; auf bessere Zeiten hoffen! Und das, obwohl der frühere Bundeskanzler Kiesinger bereits 1967 zu der Erkenntnis gekommen war: „Eine solche rein defensive Politik würde ... von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen ..., denn die Zeit wirkt nicht für uns.“

Ohne Ostverträge kein Berlin-Abkommen

Kein verantwortlicher Politiker in der Bundesrepublik darf sich hier einer Täuschung hingeben: Sollten die Verträge am „Nein“ der Opposition scheitern, wird auch das Berlin-Abkommen nicht in Kraft treten. Die alte Unsicherheit um Berlin wird bleiben; mögliche Verschlechterungen in der Zukunft sind nicht auszuschließen. Die Sowjetunion hat unmißverständlich klargemacht, daß sie das fertige Abkommen nicht unterschreiben wird, wenn wir unsererseits die Verträge nicht in Kraft setzen sollten. Über den sehr realen Kern dieser Äußerung kann man sich nicht einfach hinwegsetzen.

Ja zu konkreten Entspannungsschritten

Jeder, der gegen die Verträge von Moskau und Warschau stimmt, muß wissen, daß er damit den mühsam erkämpften Verbesserungen unseres Verhältnisses in Osteuropa, der innerdeutschen Beziehungen und nicht zuletzt der Lage Berlins eine Absage erteilt. Er votiert damit gegen die Entspannungspolitik des Westens. Es genügt bei uns heute nicht, grundsätzlich und im allgemeinen für Frieden und Entspannung zu sein, es gilt Ja zu sagen zu den konkreten



Schritten, die jetzt möglich sind und zur Entscheidung anstehen. Die CDU/CSU hat aus ihrem theoretischen Willen zum Frieden niemals die praktischen Konsequenzen gezogen.

Diese Entscheidung kann mit Recht historisch genannt werden. Haben wir Deutschen doch zum erstenmal in unserer jüngeren Geschichte die Möglichkeit, einen bedeutenden und vielleicht entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Es geht um die Frage, ob wir bereit sind, einen Schlußstrich zu ziehen unter eine leidvolle Geschichte.

Erste Schritte auf neuen Wegen

Wir können nicht die Beseitigung aller Schwierigkeiten und Spannungen in Europa auf einen Schlag versprechen. Wir sind uns vielmehr bewußt, daß wir mit den beiden Ostverträgen erst den Anfang einer langen Wegstrecke hinter uns gebracht haben, die wir nicht mühelos durchlaufen werden.

Um so entschlossener sind wir, diesen als richtig erkannten Kurs weiter zu verfolgen, gestützt auf die Zustimmung der Mehrheit unserer Bevölkerung und getragen von den Entspannungsbemühungen des westlichen Bündnisses.

Darum sagen wir Ja zu den Verträgen, Ja zu Verständigung und Entspannung. Wir sagen Ja zum Frieden.